

PROTOKOLL DES ZU WIEN AM 2. OKTOBER 1918 ABGEHALTENEN MINISTERRATES FÜR GEMEINSAME ANGELEGENHEITEN, UNTER DEM VORSITZE DES MINISTERS DES K.U.K HAUSES UND DES ÄÜßERN GRAFEN BURIÁN.

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Wekerle, der k.k. Ministerpräsident Freiherr von Hussarek, der k.u.k. Kriegsminister GO. Freiherr von Stöger-Steiner, der k.u.k. gemeinsame Finanzminister Freiherr von Spitzmüller, der k.k. Ministerialrat Freiherr von Löwenthal.

Protokollführer: Legationsrat Graf Colloredo.

Gegenstand: 1. Zur Friedensfrage. 2. Lösung der südslawischen Frage.

Der k.u.k. Minister des Äußern ergreift als Vorsitzender das Wort und erläutert die aussenpolitische Lage. Längst vor dem Eintritt der bulgarischen Katastrophe – so führt Graf Burián aus – war es klar, dass wir den Krieg beendigen müssen. Wir wären wohl in der Lage, den Verteidigungskampf bis zum Jahresende fortzusetzen – von da an aber würde uns der unvermeidliche Niedergang unaufhaltsam bis zur vollständigen Erschöpfung führen. Wir würden uns dann einem Diktat unserer Feinde auf Gnade und Ungnade unterwerfen müssen. In Deutschland mögen die Dinge etwas besser stehen. Deutschland mag noch im Stande sein, den Kampf einige Monate länger als wir durchzukämpfen – aber nicht zum Nutzen der Monarchie, denn Deutschland könnte Österreich-Ungarn nicht mit denjenigen Dingen aushelfen, die uns heute zur Fortsetzung des Krieges an allen Ecken und Enden mangeln. Der schliessliche Zusammenbruch wäre aber auch in Deutschland unabwendbar. Es könnte also bestenfalls seine eigene Agonie hinziehen. Wir unterliegen der numerischen Überlegenheit unserer Feinde und dem von ihnen angewendeten Aushungerungssystem. Wir sind einer Festung vergleichbar, der die Lebensmittel ausgegangen sind. Der jüngste Friedensschritt der k.u.k. Regierung habe zu keinem Resultat geführt, aber alle diesfalls vorzubringenden und vorgebrachten Erwägungen, Hoffnungen und Enttäuschungen seien gegenstandslos in Anbetracht des bulgarischen Zusammenbruches. Dass Bulgarien bereits seit einiger Zeit entkräftet war, das konnte vorausgesehen werden, doch war es keine allzu kühne Hoffnung, einigermassen auf die defensive Resistenzkraft der Bulgaren zu bauen. Bulgarien beschuldige uns – und namentlich Deutschland – jetzt, dass seine wiederholten Hilferufe tauben Ohren begegnet hätten. Was Österreich-Ungarn betreffe, sei dieser Vorwurf durchaus ungerechtfertigt. Wir hätten der bulgarischen Armee mit Monturen und Munition reichlich ausgeholfen. Auch hätte der k.u.k. Gesandte in Sofia Reisen an die Front unternommen, um in persönlichem Kontakt mit den bulgarischen Kommanden Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse in der Armee zu sammeln. Wir wüssten uns also in dieser Hinsicht jeglicher Schuld frei. Was die Haltung des Kabinetts Malinow sowie des Zaren Ferdinand anbelange, so sei es heute müssig viel Worte zu verlieren. Die Tatsachen sprächen für sich. Heute stehen die Dinge so, dass Bulgarien für die Zentralmächte verloren sei und die Türkei Gefahr läuft, von ihren Verbündeten abgeschnitten zu werden. Es kann sich mithin in der allernächsten Zeit auch für die Türkei die Notwendigkeit eines Friedensschlusses um jeden Preis ergeben. Waren wir also schon seit einiger Zeit entschlossen den Krieg zu beendigen, so müssen wir heute mehr denn je an diesem Entschlusse festhalten – nur gilt es heute das Tempo unserer diesbezüglichen Aktion möglichst zu beschleunigen. Inzwischen habe sich Deutschland innerpolitisch reorganisiert. Die Deutsche Oberste Heeresleitung verzichtet auf jede Ingerenz in politicis

und macht die deutsche Regierung auf diese Weise so zu sagen „verhandlungsfähig“, denn mit den Exponenten des nunmehr erledigten Regimes wäre die Entente in keine Verhandlungen eingetreten. Auch hat die Deutsche Oberste Heeresleitung endlich erkannt, dass jede weitere Fortsetzung des so ungleichen Kampfes ein nutzloses Aufopfern von Gut und Blut wäre. Sie sieht heute ein, dass – je früher wir in Verhandlungen eintreten, desto besser können wir abschneiden. Um nun auf die Möglichkeit einer Friedensanbahnung zu reflektieren, so habe sich sowohl hier als auch in Deutschland die Ansicht durchgedrungen, dass der amerikanische Standpunkt für uns immerhin noch der annehmbarste sei, namentlich deshalb, weil die wiederholten Enunziationen des Präsidenten Wilson uns die Möglichkeit bieten, denselben beim Wort zu nehmen, ihn auf seine Äusserungen festzunageln. Deutschland habe selbst den Antrag gestellt, dass wir uns durch Vermittlung des Präsidenten Wilson mit einem Friedensvorschlag an die Entente wenden – und zwar auf Basis der bekannten vierzehn Punkte und der vier Additionalpunkte sowie unter Bezugnahme auf die letzte Rede Wilsons. Der österreichische und ungarische Ministerpräsident hätten diesem modus procedendi bereits zugestimmt und auch Seine Majestät billige denselben. Es handle sich nunmehr darum, den Schritt je eher zur Ausführung zu bringen und bitte Graf Burián demnach die Anwesenden nochmals, sich über die Frage zu äussern.

Der kgl. ung. Ministerpräsident hebt zunächst mit Genugtuung hervor, dass der Antrag spontan von Deutschland gestellt worden sei und nicht unter dem Drucke einer Drohung unsererseits. Was nun die als Verhandlungsbasis in Aussicht genommenen vierzehn Punkte Wilsons anbelangt, so erblicke Dr. Wekerle in denselben eine grosse Gefahr für die Monarchie und Ungarn. Er würde es daher begrüßen, wenn ein Vorbehalt formuliert werden könnte dahingehend, dass die Monarchie die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten selbst besorgen wolle. Würde dem Auslande eine Ingerenz auf unsere internen Angelegenheiten eingeräumt werden, so würde die Monarchie zum Range eines Staates wie die Türkei herabsinken – mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen.

Hierauf kommt der k.k. Ministerpräsident zum Wort und führt Nachstehendes aus:

So traurig und niederschlagend die Eröffnungen des Grafen Burián seien, so seien sie doch nicht überraschend. Die Monarchie befinde sich schon seit geraumer Zeit auf einer abschüssigen Bahn, auf welcher nur ein baldiger Friede rettend einwirken könnte. Der Wunsch, so bald als möglich zu einem Ende zu kommen, sei so intensiv und trete allenthalben mit derart elementarer Kraft hervor, dass es die k.k. Regierung im Interesse des Volkes, des Staates und der Dynastie nicht verantworten könnte, diesen Stimmungen nicht Rechnung zu tragen. Dem k.u.k. Minister des Äussern gebühre unser inniger Dank dafür, dass er die Sachlage richtig erkannt habe und mit kühlem, abwägendem Blick aus den Ereignissen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen bestrebt sei. Was nun die vierzehn Wilsonschen Punkte anbelange, so seien dieselben in mancher Hinsicht für uns nicht ungünstig – vielfach jedoch geben sie zum Bedenken Anlass. Die kritischen Punkte seien die Punkte 9 und 10. Was die zu Gunsten Italiens vorzunehmende Grenzrektifikationen betreffe, so könne Freiherr von Hussarek diesbezüglich nur seine im letzten Kronrate gemachten Äusserungen wiederholen: ein Volksreferendum brauche man in Südtirol nicht zu fürchten. Hinsichtlich Triests stünden die Dinge so: die Stadt ist in ihrer Majorität italienisch mit starkem slawischem und deutschem Einschlag; das Hinterland hingegen ist rein slawisch. Als Ausfallstor zum Meer sei Triest für Österreich von kapitaler Wichtigkeit und müsse wenn irgend möglich, uns erhalten bleiben. Der Punkt welcher über die den Völkern Österreichs zu gewährende Autonomie spricht, sei vorsichtig gefasst und entspreche in vieler Hinsicht einer Auffassung, die nunmehr auch hierzulande als richtig

und notwendig erkannt zu werden beginne. Im Zusammenhange hiemit erörtert Freiherr von Hussarek die Schwierigkeiten, welche einer Versöhnung der Nationalitäten entgegenstehen. So stellen zum Beispiel die Tschechen zwei unvereinbare Petite, indem sie einerseits die Realisierung des böhmischen Staatsrechtes, andererseits nach dem Schlagworte des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Vereinigung sämtlicher Tschechen und Slowaken fordern. Hier liegen, so meint Freiherr von Hussarek, die grössten Gefahren und Schwierigkeiten. Die übrigen Autonomiebestrebungen hingegen können zu einer Rekonstruktion, ja zu einer Regenerierung Österreichs führen. Was die polnische Frage anbelange, so involviere hier die Anwendung der Wilsonschen Prinzipien den glatten Verlust Galiziens. Die vier Additionalpunkte enthielten nach Ansicht Freiherrn von Hussareks nichts, was zu besonderen Bemerkungen Anlass geben würde. In der Rede vom 27. September hingegen sei ein Passus enthalten, der mit der seit 40 Jahren in Österreich befolgten Politik unvereinbar ist, insoferne als die Anwendung der diesbezüglichen Prinzipien die Aufrechterhaltung unseres Bündnisses mit Deutschland unmöglich machen würde. Ein Abgehen von dieser Politik, welche sich in der deutsch-österreichischen und auch in der magyarischen Mentalität als etwas Selbstverständliches festgesetzt habe und gewissermassen zu einem politischen Dogma geworden sei, könnte Bewegungen und Gefahren heraufbeschwören, welche in die Worte: „deutschösterreichischer Irredentismus“ zusammengefasst werden können. Auch in dieser Hinsicht sei daher grösste Vorsicht am Platze. Zusammenfassend erklärt sich der k.k. Ministerpräsident mit der vom k.u.k. Minister des Äussern in Aussicht genommenen Taktik, sowohl was die Grundzüge als auch die Details anbelange, vollkommen einverstanden.

Der k.u.k. gemeinsame Finanzminister, welcher hierauf das Wort ergreift, sieht zunächst nicht in den territorialen Aspirationen unserer Gegner die grösste Gefahr, sondern vielmehr in wirtschaftlicher Hinsicht, indem die Entente darauf bedacht sein könnte, uns durch wirtschaftliche Anbote von Deutschland zu trennen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen stellt Freiherr von Spitzmüller die Frage, wie der Herr Minister des Äussern über die Chancen der Annahme des Friedensangebotes seitens des Präsidenten Wilson denke.

Nach dem k.u.k. Finanzminister kommt der k.u.k. Kriegsminister zum Wort. Freiherr von Stöger-Steiner hält den Präsidenten Wilson wohl für einen Ideologen, immerhin aber für einen ehrlichen Verfechter seiner Ideen. Er halte es daher für richtig, dass man sich an seine Adresse wenden wolle. Was die Ordnung unserer inneren Verhältnisse anbelange, so begrüsse er den Vorschlag des kgl. ung. Ministerpräsidenten, welcher in dieser Hinsicht bei Annahme der 14 Punkte einen Vorbehalt machen möchte. In Anbetracht der Rückwirkung, welche die bulgarischen Ereignisse zweifellos auf die Stimmung in unseren südlichen Gebieten ausüben werden, spricht sich Freiherr von Stöger-Steiner für ungesäumtes rasches Handeln in der Friedensarbeit aus. An eine glatte Annahme glaube er ebenso wenig, wie an einen dezidierten Refus. Wahrscheinlich würden unsere Gegner vorerst mit der Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete antworten. Es sei daher ratsam, sich schon jetzt mit dieser Frage zu befassen. Betreffs des Trentino gibt Freiherr von Stöger-Steiner der Meinung Ausdruck, dass ein glattes Abtreten dieser Gebiete ohne vorherigen Plebiszitsversuch revolutionäre Ausbrüche in Tirol zeitigen könnte mit unabsehbaren Konsequenzen.

In Erwiderung auf diese Anfrage erklärt Graf Burián, dass eine glatte Annahme wohl nicht zu erwarten sei, dass sich aber aus unserem Schritt nach und nach eine Konversation über Friedensmöglichkeiten entwickeln könnte, welche schliesslich doch das angestrebte Resultat zeitigen werde. Mit Bezug auf eine Äusserung des k.k. Ministerpräsidenten erklärt

Graf Burián weiters, dass er entschlossen sei, zwecks Regelung der Trentinofrage die Vornahme eines Plebiszits in Anregung zu bringen. Werde das Plebiszit abgelehnt oder entscheide dasselbe gegen uns, so würde die k.u.k. Regierung gedeckt sein im Bewusstsein, nichts unterlassen zu haben, um diese Gebiete für Österreich zu retten. Hinsichtlich Triests stehe Graf Burián auch heute auf dem Standpunkt, den er schon im Jahre 1916 eingenommen habe. Durch einen Anschluss an Italien würde Triest dem Ruin verfallen, was auch damals von den Italienern erkannt worden sei. Eine Lösung bestünde darin, aus Triest eine Freistadt zu schaffen mit einer autonomen Stadtverwaltung und einer italienischen Universität. Ein derartiges Programm liesse sich unter Umständen vielleicht auch heute noch durchdrücken.

Was das Bündnis mit Deutschland betreffe, so stünde dieses mit der Wilsonschen Idee eines Völkerbundes wohl nicht im Widerspruch, im Gegenteil es könnte den Kern für diesen Bund abgeben. Graf Burián sei entschlossen, das Bündnis mit Deutschland nicht aufzugeben, doch sei es heute klüger, diesen Gedanken nicht zu sehr in den Vordergrund zu schieben und das Bündnis vorderhand nicht zu erneuern, weil dies unter den gegebenen Umständen leicht als Provokation gedeutet werden und der Sache des Friedens schaden könnte. Im übrigen würde der Standpunkt, den Präsident Wilson in seiner Rede vom 27. September eingenommen habe, soferne seine Äusserungen ehrlich gemeint waren, den Abschluss von Spezialbündnissen überflüssig machen. Wie dem auch sei, wir hätten jetzt keine andere Wahl und müssten uns an Wilson klammern, umso mehr als es derselbe nach Ansicht des Grafen Burián ehrlich zu meinen scheine. Die Ideen Wilsons decken sich ja vielfach mit den unseren, während sie mit den imperialistischen Zielen unserer anderen Gegner in manchen Punkten nicht in Einklang zu bringen seien.

Auch was die von uns so dringend benötigte Versorgung mit Rohstoffen anbelange, könnten wir von Wilson mehr erwarten, als von unseren europäischen Gegnern. Wilson trete für vollständige wirtschaftliche Freizügigkeit ein, während wir uns seitens Englands, Frankreichs, Italiens etc. in dieser Hinsicht auf sehr harte Forderungen gefasst machen müssten. Mit Bezug auf eine Bemerkung des k.u.k. Kriegsministers gibt schliesslich Graf Burián der Meinung Ausdruck, dass es ihm unklug schiene, uns gegebenenfalls der Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete zu widersetzen.

Zusammenfassend konstatiert Graf Burián, dass die Konferenzteilnehmer seinem Vorschlag zugestimmt hätten und dass daher das zur Erwägung stehende Friedensangebot demnächst im Wege der schwedischen Regierung an die Adresse des Präsidenten der Vereinigten Staaten abgehen werde.

In der am Nachmittage des 2. Oktober abgehaltenen Sitzung der gemeinsamen Ministerkonferenz gelangen im Anschlusse an die Beschlüsse des Kronrates vom 29. September 1918 die Modalitäten zur Diskussion, unter welchen ein Anfang in der Lösung der südslawischen Frage gemacht werden könnte.

In Anbetracht des Umstandes, dass eine rasche Lösung dieser Frage auf legalem Wege nicht zu erwarten ist, dass aber der fortschreitende Gärungsprozess im südslawischen Länderkomplex sowie die Rückwirkung der sich blitzartig vollziehenden bulgarischen Katastrophe rasches Handeln unbedingt erheischt, schlägt der k.u.k. Minister des Äussern vor, dass Seine k.u.k. Apostolische Majestät an die beiden Ministerpräsidenten Handschreiben erlasse, in welchen unter Betonung der loyalen Haltung der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung und vorbehaltlich der späteren definitiven Regelung der Frage auf gesetzlichem Wege schon jetzt die Zusicherung gegeben würde, dass ohne

Befragung oder gegen den Willen und das Votum der Volksvertretungen der in Betracht kommenden, von Südslawen bewohnten Gebiete keinerlei Entscheidung zur Durchführung gebracht werden soll. Graf Burián zieht diese Form einer öffentlichen Enunziation einem direkt von der Krone ausgehenden Manifeste vor – mit Rücksicht auf die Opportunität, die Krone keiner Kritik auszusetzen.

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer einschlägigen, für die breite Öffentlichkeit bestimmten Verfügung wird von allen Anwesenden anerkannt; auch sprechen dieselben – mit Ausnahme des kgl. ung. Ministerpräsidenten – ihre prinzipielle Zustimmung zum Vorschlage des k.u.k. Ministers des Äussern aus.

Der k.k. Ministerpräsident legt im besonderen dar, dass durch die Zusammenlegung Kroatiens-Slawoniens mit Bosnien-Herzegowina und Dalmatien unter Ausschluss der übrigen kroatischen und slowenischen Gebiete Österreichs den derzeitigen politischen Notwendigkeiten vollauf Rechnung getragen würde. Im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft müsse er jedoch angesichts der Möglichkeit der Lösung der Frage im subdualistischen Sinne darauf bedacht sein, dass in den Handschreiben, zu welchen er einen Entwurf vorlegt, die Forderung nach voller wirtschaftlicher Parität Österreichs und Ungarns klar zum Ausdruck komme. Im übrigen würde es der k.k. Ministerpräsident aus Opportunitätsgründen begrüßen, wenn das Moment des Festhaltens am Dualismus, zu welchem sich seine Regierung rückhaltslos bekenne, im Handschreiben nicht zu sehr unterstrichen würde, weil er von einer derartigen Fassung eine Kompromittierung des angestrebten Effektes befürchte.

Der k.u.k. gemeinsame Finanzminister bringt die staatsrechtlichen Funktionen seines Ressorts bei Abwicklung der Regelung der zur Diskussion stehenden Frage zur Erörterung, woran sich eine längere Wechselrede entspinnt, an der sich namentlich Graf Burián und Dr. Wekerle beteiligen. (Nach Auffassung des k.u.k. Ministers des Äussern und des kgl. ung. Ministerpräsidenten kommen dem k.u.k. gemeinsamen Finanzminister fast ausschliesslich administrative Funktionen zu. Die politische Verantwortung des gemeinsamen Finanzministers erschöpfe sich in dem Rechte, im Minister- oder Kronrate ein politisches Votum abzugeben und in dem Rechte und der Pflicht zur politischen Informierung der Krone und der beiden Regierungen.)

Demgegenüber erklärt der gemeinsame Finanzminister mit Nachdruck, dass er im Hinblick auf § 1 des Landesstatuts für Bosnien und die Herzegowina unzweifelhaft nicht nur als Mitglied des gemeins. Ministerrates, sondern auch als oberster Leiter der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina für Politik und politische Zukunft dieser Länder verantwortlich sei. Überdies ergebe sich aus allgemeinen staatsrechtlichen Grundsätzen, dass jede Function eines Ministers auch die politische Verantwortlichkeit in sich schliesse, dies gelte selbstverständlich auch für die Leitung der annectirten Länder.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede gibt Freiherr von Spitzmüller seiner Ansicht dahin Ausdruck, dass die subdualistische Lösung die Südslawen heute nicht mehr befriedigen werde und dass daher wohl oder übel eine Regelung im trialistischen Sinne ins Auge gefasst werden müsste – schon mit Rücksicht auf den Punkt 10 des Wilsonschen Programmes, dessen Annahme seitens der Monarchie ja demnächst öffentlich kundgegeben werden soll. Den in diesem Punkte des Wilsonschen Programmes aufgestellten Forderungen könne aber im Rahmen des Dualismus nicht voll Rechnung getragen werden. Hierbei sei sich der k.u.k. gemeinsame Finanzminister gefährlicher Rückwirkungen bewusst, welche eine derartige Lösung in Ungarn nach sich ziehen würde.

Der k.u.k. Kriegsminister erläutert die Rückwirkung der politischen Lage auf den Geist und die Verfassung der Truppen und hebt hervor, dass die Schlagkraft der Armee in weitgehender Masse von der Art abhängen werde, in welcher die südslawische Frage zur Lösung gelangen werde. Freiherr von Stöger-Steiner befürwortet eine Lösung dieser Frage in dem Sinne, dass die südslawische Bevölkerung, welche bisher in 6 getrennten Staaten beziehungsweise Verwaltungseinheiten leben musste, tunlichst restlos in eine grosse politische Einheit zusammengefasst werde. Er warnt vor kleinlichen Eifersüchteleien zwischen Österreich und Ungarn, denn es gehe heute um die Existenz der Monarchie, und richtet einen dringenden Appell an alle verantwortlichen Faktoren, dem Gebote der Stunde Rechnung zu tragen und einer raschen radikalen Lösung die Wege zu ebnen, wolle man nicht unabsehbare Gefahren für die Monarchie, für Österreich wie für Ungarn sowie für die Dynastie heraufbeschwören.

Der kgl. Ung. Ministerpräsident spricht sich bei voller Würdigung der Gründe, welche für eine öffentliche Enunziation sprechen, gegen die Hinausgabe von einschlägigen Allerhöchsten Handschreiben aus. Insbesondere warnt Dr. Wekerle davor, dass dem südslawischen Elemente in Anbetracht seiner loyalen Haltung quasi eine Belohnung versprochen werde. Ein solches Vorgehen, vollends der Hinweis auf trialistische Lösungsmodalitäten würde in Ungarn peinlichste Sensation und weitgehendste Missstimmung hervorrufen. An einer subdualistischen Lösung müsse er also unbedingt festhalten. Dr. Wekerle wünscht, dass die Frage im Sinne der Beschlüsse des Kronrates vom 29. September durch Abgabe von Regierungsenunziationen behandelt werde, welche er schon aus dem Grunde dem Vorschlage des Grafen Burián vorziehen müsste, weil hiedurch die Krone aus dem Spiel gelassen würde. Eine einschlägige Enunziation sei österreichischerseits durch die Programmrede des k.k. Ministerpräsidenten vom 1. Oktober 1918 bereits erfolgt; er selbst würde die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um den Standpunkt der ungarischen Regierung darzulegen, hieran könnte sich dann eine vor einem passenden Forum – in Bosnien – abzugebende Erklärung des gemeinsamen Finanzministers anschließen. Dr. Wekerle habe auf vorstehender Basis in den letzten Tagen mit einigen Führern der serbokroatischen Koalition verhandelt und bei denselben Entgegenkommen und Verständnis gefunden. Er sehe daher nicht ein, warum von dieser im Kronrate beschlossenen Marschroute abgegangen werden sollte. Die Forderung des k.k. Ministerpräsidenten nach voller wirtschaftlicher Parität Österreichs in dem seinerzeitigen vereinigten südslawischen Gebiet stimmt Dr. Wekerle zu mit dem Bemerkung, dass die Südslaven heute ein gesondertes Wirtschaftsgebiet verlangen. Der kgl. ung. Ministerpräsident unterzieht schliesslich den von Freiherrn von Hussarek vorgelegten Entwurf eines Allerhöchsten Handschreibens, dessen Fassung er – abgesehen von seinem prinzipiell ablehnenden Standpunkt – in mehrfacher Hinsicht vom ungarischen Standpunkte als nicht entsprechend bezeichnet [einer Kritik.] (Dr. Wekerle beanstandet vor allem die Bezeichnung „serbokroatisches Volk“ welche nicht gesetzmässig sei, weiters hebt er hervor, dass für Änderungen im Verhältnisse zwischen Ungarn und Kroatien Regnicolardeputationen das allein massgebende Instrument seien.)

Die vom kgl. ung. Ministerpräsidenten angeregte Vorgangsweise, es vorderhand bei Regierungsausserungen beziehungsweise öffentlichen Reden der drei in Betracht kommenden Faktoten bewenden zu lassen, wird von den übrigen Konferenzteilnehmern als inadäquat und ungenügend bezeichnet. Mit Bezug auf den Textentwurf des k.k. Ministerpräsidenten warnt Graf Burián davor, die wirtschaftlichen Interessen sei es der Monarchie, sei es Österreichs oder Ungarns in den Vordergrund zu schieben, er warnt weiters davor, von den Opfern an Gut und Blut zu sprechen, welche die Monarchie im

Interesse Bosniens und der Herzegowina gebracht habe. Um sich einer trivialen Ausdrucksweise zu gebrauchen – so führt Graf Burián aus – handelt es sich heute darum, den Südslawen eine Freude zu bereiten und diese Freude wurde durch Hervorhebung vorstehender Momente nur vergällt.

Nachdem eine Einigung nicht erzielt werden kann, regt der k.u.k. Minister des Äussern die Bildung eines Redaktionskomitees an, welches unter Verwertung der während der Diskussion zu Tage geförderten Argumente den Textentwurf einer Umarbeitung zu unterziehen hatte. Das modifizierte Elaborat würde sodann einer neuerlichen Erwägung und Prüfung unterzogen werden.

Dieser Vorschlag wird angenommen

[Quelle: Protokolle des Gemeinamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914-1918), Budapest 1966, S. 687-696.]